

Michael Kurze

# Rechtspopulistische Parteien

Ein neuer Typ der Parteienfamilie oder eine Ansammlung  
nationaler Einzelphänomene?



Nomos

„Parteien und Wahlen“ – so der Titel der Reihe – sind zentral für die politische Willensbildung. Bei Wahlen entscheiden Bürgerinnen und Bürger darüber, wem sie die politische Führung anvertrauen. Wahl heißt allerdings immer: Herrschaft auf Zeit. Und Wahl heißt auch: Auswahl. Eine repräsentative Demokratie benötigt Parteien als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Regierung. Diese dienen der politischen Führungsauslese, wollen politische Verantwortung übernehmen und sollen unterschiedliche Interessen artikulieren. Sie selbst sind dem Postulat der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Bei aller Kritik an ihnen: Eine demokratische Alternative zu ihnen gibt es nicht.

In dieser Reihe sollen Bücher mit einschlägigem Inhalt veröffentlicht werden: Monographien und Sammelbände. Dabei kann es sich um Themen handeln, denen grundlegende oder denen aktuelle Relevanz zukommt. Das Spektrum ist weit gespannt. Es reicht von Wahlanalysen über Studien zum Parteiensystem oder zu einzelnen Parteien. Auch die lange vernachlässigte Koalitionsforschung findet Berücksichtigung. Gleiches gilt für die Parlamentarismus- und die Wahlsystemforschung. Die Herausgeber wollen wichtige Analysen im Umkreis der Themen Parteien und Wahlen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen. Parteienkritik und alternative Partizipationsformen als Herausforderungen für die Parteiendemokratie gehören dazu. Möge dieses Themenspektrum auf Interesse bei einem größeren Leserkreis stoßen: bei interessierten Beobachtern der Politik, bei Multiplikatoren der politischen Bildung und bei der Wissenschaft.

## **Parteien und Wahlen**

herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

Band 33

Michael Kurze

# Rechtspopulistische Parteien

Ein neuer Typ der Parteienfamilie oder eine Ansammlung  
nationaler Einzelphänomene?



**Nomos**

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2023

ISBN 978-3-7560-1796-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-4470-6 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle den Menschen danken, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Mein großer Dank gilt Prof. Dr. Frank Decker für die Betreuung, die Geduld und die wertvollen Tipps, Anregungen und Denkanstöße.

Ich möchte meinen Eltern und meinen Brüdern für ihre bedingungslose Unterstützung danken, ohne die ich niemals an diesen Punkt gekommen wäre.

Außerdem gilt mein Dank Christoph Bitzl, Edoardo D'Alfonso Masarié und Johanna Schönfelder für die Geduld, den regen Austausch, das geteilte Leid und das Gefühl, mit den Sorgen nicht alleine zu sein.



# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	13
1. Einleitung	15
1.1 Aktualität und Forschungsinteresse	15
1.2 Fallauswahl	20
1.3 Aufbau und Methode	22
2. Parteien und Parteienfamilien	29
2.1 Das Konzept der Parteienfamilie	29
2.2 Alte und neue Parteienfamilien	35
2.3 Moderne Zugänge zur Cleavage-Theorie	39
2.3.1 Grundlagen der Parteienforschung	39
2.3.2 Der Wandel klassischer Konfliktlinien	43
2.3.3 Kultur als neue Konfliktlinie	48
2.3.4 Klassen im Wandel - <i>unnatural voting</i>	52
3. Populismus	55
3.1 Öffentliche Verwendung versus wissenschaftliches Verständnis	56
3.2 Populismus – Extremismus – Radikalismus	58
3.3 Kennzeichen des Populismus	61
3.3.1 Historischer Populismus	61
3.3.2 Konkurrierende Auffassungen von Populismus	62
3.3.3 Populistischer Politikstil	64
3.3.4 Populismus als Antwort auf Modernisierung	67
3.3.5 Volk versus Elite	68
3.3.6 Repräsentative Demokratie versus direkte Demokratie	72
3.3.7 Ein:e Führer:in als Volksvertreter:in	75

3.3.8	Populismus und Medien	77
3.3.9	Der Populismus – eine Ideologie?	79
3.4	Kennzeichen von rechtem Populismus	81
3.4.1	Kann der rechte Populismus Lücken schließen?	81
3.4.2	„Wir“ gegen „die Anderen“	82
3.4.3	Die Elite	88
3.4.4	Weitere Besonderheiten des Rechtspopulismus	89
3.4.5	Rechter bzw. ethnischer Populismus als Ideologie	91
4.	Rechtspopulistische Parteien im Vergleich	93
4.1	Historische Entwicklungen im Vergleich	94
4.1.1	Die historische Entwicklung der FPÖ	94
4.1.2	Die historische Entwicklung des <i>Front National</i>	108
4.2.3	Die historische Entwicklung der <i>Partij voor de Vrijheid</i>	119
4.1.4	Die historische Entwicklung der Alternative für Deutschland	130
4.1.5	Fazit: Gemeinsamkeiten in der Entwicklung	142
a)	Gründungszusammenhang	142
b)	Agenda-Setting und Hochphasen	143
c)	Richtungswechsel	144
d)	Vergleichbare Tendenzen der Entfremdung und Responsivitätsdefizite	146
e)	Cleavages und Lücken	147
4.2	Organisation und Strategien	147
4.2.1	Die innere Organisation	148
4.2.2	Die charismatische Führung	159
4.2.3	Strategische Ausrichtung	165
4.2.4	Fazit: Eine populistische Organisation?	173
4.3	Wähler:innenschaft	174
4.3.1	Allgemeine Erkenntnisse zur Wähler:innenschaft rechtspopulistischer Parteien	174
4.3.2	Sozialstruktur der Wähler:innenschaften	175
4.3.3	Motive und Einstellungsmuster der Wähler:innenschaft	182
4.3.4	Bedeutung weiterer Cleavages	191
4.3.5	Weitere Entwicklungen	194

4.3.6	Fazit: Gemeinsame Merkmale der Wähler:innenschaft	196
5.	Programmvergleich	201
5.1	Methode, Vorgehen und Durchführung des Vergleichs	203
5.2	Vergleich der Politikfeldinteressen	217
5.2.1	Ausgangslage	217
5.2.2	Politikfeldinteressen der einzelnen Parteien	221
5.2.3	Gemeinsame Themen der Parteien	230
5.2.4	Fazit: Gemeinsame Politikfeldinteressen	237
5.3	Einzelne Positionen im Vergleich	238
5.3.1	Demokratiepolitik	239
5.3.2	Europapolitik	244
5.3.3	Innere Sicherheit	249
5.3.4	Flüchtlinge, Zuwanderung und der Umgang mit dem Islam	253
5.3.5	Sozialpolitik	260
5.3.6	Wirtschaftspolitik	264
5.3.7	Arbeitsmarktpolitik	268
5.3.8	Bildungspolitik	272
5.3.9	Weitere Politikfelder	276
	a) Steuerpolitik	276
	b) Staatsbürger:innenverständnis	278
	c) Familienbild	279
	d) Umweltschutz, Klimawandel und erneuerbare Energien	281
	e) Frauen- und Minderheitenrechte	285
	f) NATO und Auslandseinsätze	286
	g) Internationale Handelsabkommen	288
	h) Medien und öffentlicher Rundfunk	289
	i) Aufwertung des ländlichen Raumes	290
	j) Gesundheitspolitik	291
5.3.10	Fazit: Programmatische Gemeinsamkeiten	293
5.4	Populismus als gemeinsame Ideologie?	306
5.4.1	Populismus in den Programmen der FPÖ	308
5.4.2	Populismus in den Programmen des <i>Front National</i>	317

5.4.3	Populismus in den Programmen der <i>Partij voor de Vrijheid</i>	331
5.4.4	Populismus in den Programmen der Alternative für Deutschland	342
5.4.5	Fazit: Rechter Populismus als gemeinsame Ideologie	354
6.	Kooperation auf europäischer Ebene	363
6.1	Forschungsstand und Bedeutung für die vorliegende Arbeit	363
6.2	Historische Entwicklung der Zusammenarbeit	365
6.3	Methode, Fallauswahl und Vorgehen	369
6.4	Das Abstimmungsverhalten auf europäischer Ebene	373
6.5	Fazit: Eine europäische Parteienfamilie wider Willen?	387
7.	Schluss	389
7.1	Fazit: Eine rechtspopulistische Parteienfamilie	389
7.2	Ausblick und Schlussbemerkungen	396
	Literaturverzeichnis	399

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl der von zwei Parteien gemeinsam betonten Themenfelder	235
Abbildung 2: Box-Whisker-Plot über die Verteilung des <i>Agreement Index</i> im 8. Europäischen Parlament	378
Abbildung 3: Box-Whisker-Plot über die Verteilung des <i>Agreement Index</i> im 9. Europäischen Parlament	378
Abbildung 4: Gemeinsame Linie bei namentlichen Abstimmungen im EP in Prozent	381



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammenfassung von Hypothesen und Vorgehensweise	212
Tabelle 2: Codeplan mit Erläuterungen	213
Tabelle 3: Auflistung der wichtigsten Themen in den Programmen des FN	221
Tabelle 4: Auflistung der wichtigsten Themen in den Programmen der FPÖ	223
Tabelle 5: Auflistung der wichtigsten Themen in den Programmen der PVV	226
Tabelle 6: Auflistung der wichtigsten Themen in den Programmen der PVV	228
Tabelle 7: Durchschnittlicher Anteil der einzelnen Themenfelder an den drei untersuchten Programmen der Parteien in Prozent	231
Tabelle 8: Übersicht über die inhaltlichen Positionen von AfD, FPÖ, <i>Front National</i> und PVV	298
Tabelle 9: Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament	375
Tabelle 10: Übereinstimmung der Parteilinie mit der Fraktionslinie	379
Tabelle 11: Häufigkeit gemeinsamer Parteilinien in EP9 in Prozent	383



# 1. Einleitung

## 1.1 Aktualität und Forschungsinteresse

Mit der wachsenden Sichtbarkeit von Flucht- und Asylpolitik zu Beginn der 1990er Jahre betraten in vielen Ländern Europas neue rechte Parteien die politische Bühne. Hinzu kamen bestehende Parteien, wie etwa die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder der *Front National* (FN)<sup>1</sup>, die sich bereits vorher durch inhaltliche Wandlungen zu Parteien entwickelt hatten, die in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte fortan mit dem Label „rechtspopulistisch“ versehen wurden. Anfangs gingen Teile der Beobachtenden noch von einem vorübergehenden Phänomen politischer Protestwähler:innen aus, das sich mit den Jahren von selbst erledigen würde. Einige Jahrzehnte später kann diese Erwartung ad acta gelegt werden. Mit bedeutenden politischen Entwicklungen und Ereignissen wie dem Vorschreiten der europäischen Integration, der Euro-Krise, islamistischen Terroranschlägen und der sogenannten Flüchtlingskrise fanden sogenannte rechtspopulistische Parteien<sup>2</sup> stetig Themen, die sie wähler:innenwirksam in ihre bestehenden Programme integrieren konnten. In der Folge erfuhren Euro(pa)skeptizismus, eine abwehrende Haltung gegenüber Migration sowie Islamkritik/-feindlichkeit bei vielen rechtspopulistischen Parteien und ihrer Wähler:innenschaft einen Bedeutungszuwachs. Prominente Vertreterinnen wie die FPÖ, der *Front National*, die *Partij voor der Vrijheid*, die Dänische Volkspartei oder die Schweizerische Volkspartei konnten zu Beginn des 21. Jahrhunderts ihren Wähler:innenzuspruch teilweise extrem steigern oder erreichten aus dem Stand sehr gute Wahlergebnisse. Dies führte einige von ihnen bis in die nationalen Regierungen, andere wurden zur entscheidenden Mehrheitsbeschafferin bei der Duldung einer Minderheitsregierung. Die Vertretung von rechtspopulistischen Parteien in

- 
- 1 Im Juni 2018 hat sich die Partei in *Rassemblement National* umbenannt. Da alle in dieser Arbeit untersuchten Dokumente aus der Zeit vor der Umbenennung stammen, wird hier weiterhin der alte Name verwendet, soweit es sich nicht explizit um Geschehnisse nach Juni 2018 handelt.
  - 2 Wenngleich in dieser Arbeit auch die Verwendung und der Gehalt der Bezeichnung „rechtspopulistisch“ hinterfragt werden soll, werden Parteien, die in der wissenschaftlichen Verwendung typischerweise zu dieser Gruppe gezählt werden, hier als rechtspopulistische Parteien bezeichnet.

den Parlamenten Europas hat sich inzwischen vom Sonderfall zur Regel entwickelt und löst längst keine europaweiten Proteste und Sanktionen mehr aus, wie dies der Fall Jörg Haider am Ende des 20. Jahrhunderts tat. Auch die Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Koalition nach der Nationalratswahl 2017 vermochte nur noch wenig zu schockieren. Passend dazu konstatierte die Spiegel-Journalistin Julia Amalia Heyer (2017: 167f) zur französischen Präsidentschaftswahl im selben Jahr: „Und dass Le Pen überhaupt in die Stichwahl einzog, verursachte keinerlei Aufschrei mehr – sondern wurde geradezu erwartet.“

Analog zum wachsenden Erfolg der Rechtspopulist:innen stieg auch das wissenschaftliche Interesse an diesem vermeintlich neuen Parteientypus, der sich einerseits vorwiegend national definiert, andererseits aber in vielen Ländern mit ähnlichen Themenschwerpunkten auftritt. Die Analysen in diesem Feld reichen von Beschreibungen einzelner Parteien, dem Vergleich zweier Länder, über Gemeinsamkeiten rechtspopulistischer Parteien, Besonderheiten der Wähler:innenschaft und Erfolgsgründen bis hin zur Diskussion über den passenden Namen.

Die Abhandlungen zu einzelnen Parteien, Vergleiche zweier Länder oder mehrerer rechter Parteien innerhalb eines Staates sind umfassend und zahlreich. So wurden die Erfolgsbedingungen, Programme und historischen Entwicklungen der FPÖ (vgl. u.a. Heinisch 2004; Pelinka 2002) oder des *Front National* (vgl. u.a. Camus 2011; 2014; De Calan 2016) bereits häufig erörtert. In Deutschland beschäftigte hingegen zunächst die Frage, warum es bis zu diesem Zeitpunkt keine rechtspopulistische Partei geschafft hatte, sich in der Bundesrepublik zu etablieren, Arbeiten von Frank Decker (2011) sowie Alban Werner und Richard Gebhardt (2013). Im Zuge des Aufstiegs der Alternative für Deutschland (AfD) wandelte sich das Forschungsinteresse und Untersuchungen widmeten sich zunehmend der Frage, ob es sich bei der AfD um die lange „vermisste“ erfolgreiche rechtspopulistische Partei handele (vgl. u.a. Bebnowski 2015; Häusler 2013; Nestler / Rohgalf 2014; Plehwe 2014).

Viele der erschienenen Überblicksdarstellungen sind in erster Linie darauf bedacht, zahlreiche Einzelfälle durch Expert:innen zu beschreiben, wobei mögliche Gemeinsamkeiten vergleichsweise kurz erörtert werden (vgl. u.a. Grabow / Hartleb 2013a; Langenbacher / Schellenberg 2011). Bisweilen sind die Autor:innen auf einen Fall fixiert und schließen von diesem auf weitere Parteien. Geht es um eine Aufstellung konstituierender Kriterien der rechtspopulistischen Parteien, so liefern unterschiedliche Werke jeweils andere Charakteristika, die für eine Zugehörigkeit erforderlich er-

scheinen (vgl. Schönfelder 2013; Mudde 2000; Almeida 2010; Häusler / Roeser 2014). Die abweichenden Ergebnisse rühren zu einem Großteil aus der Uneinigkeit, welche Parteien überhaupt in den Kanon der Rechtspopulist:innen aufgenommen werden sollen. So stellen etwa Bischoff et al. (2015: 9-11) eine Reihe gemeinsamer Kriterien von rechtspopulistischen Parteien auf, betonen jedoch gleichzeitig die Verschiedenartigkeit dieser Parteien, gerade im Hinblick auf Osteuropa (vgl. ebd.: 21). Auch die Grundgesamtheit der Parteien, anhand derer die Gemeinsamkeiten erarbeitet wurden, wird hier, wie so häufig, wenig deutlich. Miroslav Mareš (2014: 47) betont, dass trotz eines stetig steigenden Forschungsinteresses noch immer keine einheitliche Konzeptualisierung zu erkennen sei. Zur Auflösung dieses Problems möchte die vorliegende Arbeit beitragen.

Versucht man von gemeinsamen Eigenschaften auf die Parteien zu schließen, gilt:

different definitions result in different sets of parties being chosen as the objects of analysis. While there is a set of largely undisputed cases (e.g. FN, VB, FPÖ), there is a fair number of borderline cases that are included in the party family by some authors but left out by others (Ennsner 2012: 157).

Dabei werden Parteien häufig aufgrund von ein bis zwei Schlüsselthemen, wie Euroskeptizismus und einer ablehnenden Haltung gegenüber Migration als zusammengehörig definiert, ohne dass eine gemeinsame Weltanschauung zu erkennen ist (vgl. Cole 2005: 209). Fennema (2005: 1) benennt die Ressentiments gegenüber Migrant:innen und der Migrationspolitik der Regierungen gar als einziges gemeinsames Thema. Schnell werden Parteien als Rechtspopulist:innen markiert, die abgesehen von wenigen Punkten kaum nachgewiesene Gemeinsamkeiten aufweisen, was mitunter eher einer politischen Brandmarkung als einer sinnvollen empirischen Einordnung gleichkommt.

Einigkeit herrscht häufig nicht einmal bei der Bezeichnung der Parteien. Jens Rydgren (2004: 8) listet acht verschiedene Titulierungen auf, die dem vermeintlich neuen Parteientypus in der wissenschaftlichen Literatur angeheftet wurden. Im englischen Diskurs scheint diese Debatte noch weitaus diffuser als im deutschsprachigen Raum, wo sich zumindest in der Wissenschaft das Label „Rechtspopulismus“ weitestgehend durchgesetzt hat, auch wenn damit noch immer nicht geklärt ist, wer oder was im Einzelnen dazu gehört. Dessen ungeachtet tauchten in der medialen Berichterstattung laut einer Studie von Christoph Mohamad-Klotzbach und Tanja Wolf (2015:

45) innerhalb von zwei Wochen 21 verschiedene Bezeichnungen für jene Parteien auf, die in dem ein oder anderen Kontext unter dem Schirm der Rechtspopulist:innen zusammengefasst werden. Auf Uneinigkeiten hinsichtlich einer allgemeinen Definition innerhalb der Wissenschaft und auch im Verhältnis von Wissenschaft und politischem Alltagsgebrauch machte Cas Mudde (2000: 10) bereits zu Beginn dieses Jahrtausends aufmerksam. An der polyvalenten Verwendung hat sich bis dato wenig geändert. Und selbst wenn man sich auf eine Bezeichnung festlegte, bedürfte es noch einer Einigung hinsichtlich der Frage der Zugehörigkeit.

Dass eine derartige Verwirrung und Unsicherheit gerade in Bezug auf Rechtspopulist:innen auftritt, ist keinesfalls zufällig, sondern liegt in deren politischen Bezugspunkten begründet.

ERP [Anm.: Extreme Right-wing populist] parties have commonly been treated as discrete entities arising independently of one another, which has prompted a search for the unique causes of the emergence of the national ERP party in question. The causes are typically sought *within* each country (Rydgren 2005: 414).<sup>3</sup>

Dies ist einerseits verständlich, denn rechtspopulistische Parteien definieren sich vor allem national, bildeten lange Zeit auf europäischer Ebene keine mit etablierten Parteienfamilien vergleichbaren Allianzen und Fraktionen und ordneten sich durch die eigene Namensgebung meist nicht selbst in einen gemeinsamen Bezugsrahmen ein, wie etwa die grünen oder sozialdemokratischen Parteien. Besonders augenfällig wird der nationale Bezug bei (ehemals) regionalistischen Parteien wie dem *Vlaams Belang* oder der italienischen *Lega*. Man befindet sich also in einem scheinbaren Widerspruch aus vorwiegend nationalen Phänomenen, deren Ursprünge vielfach im innerstaatlichen Kontext gesucht werden und einer dennoch häufig postulierten rechtspopulistischen Parteienfamilie, die inzwischen in einem Großteil der europäischen Länder verbreitet zu sein scheint. Einerseits seien die spezifischen nationalen Ausgangskonstellationen also durchaus von großer Bedeutung, andererseits „lässt sich ein paralleles Erstarken dieser Bewegungen konstatieren, das auf ganz ähnliche soziokulturelle, politische und ökonomische Transformationsprozesse zurückzuführen ist“ (Bauer 2014: 25). Auf dieser gemeinschaftlichen Basis erachtet auch Bornschier (2010b: 3) die Rechtspopulist:innen als Parteienfamilie. Die

---

3 Alle besonderen Kennzeichnungen sind aus dem original Zitat übernommen, sofern nicht anders vermerkt.

Auflösung dieses Dilemmas ist Antrieb und Anlass dieser Arbeit, die von der Frage geleitet wird, ob es sich tatsächlich um nationale Einzelphänomene handelt, die vorwiegend aus ihrem jeweiligen Kontext erklärbar sind, oder ob es sich um eine sogenannte Parteienfamilie handelt, die über den nationalen Bezug hinaus eine gemeinsame Ideologie und Grundwerte teilt, welche sich in einer Vielzahl von Politikbereichen und gemeinsamen Politikfeldinteressen manifestieren. Diese Frage soll theoriegeleitet überprüft werden.

Folgt man bisherigen Untersuchungen, scheint eine ethnisch-nationale sowie anti-elitäre „Wir-und-die-Anderen“-Rhetorik gepaart mit einer Selbstinszenierung als Sprachrohr eines konstruierten Volkes und die Kritik an der vorherrschenden Form repräsentativer Demokratie, den Kern der Parteien zu bilden, welchen viele Autor:innen herausstellen (vgl. u.a. Schönfelder 2013: 107f; Almeida 2010: 238f; Häusler / Roeser 2014: 12). Allerdings führt diese Minimaldefinition zu einer Vielzahl unterschiedlichster Parteien, die von konservativen bis zu faschistischen und linkspopulistischen alles enthalten kann.

Betrachtet man gesetzte Parteienfamilien wie Sozialdemokrat:innen, Liberale, Grüne oder Konservative, so wohnt allen Familien eine ihnen eigene Ideologie inne, die sich in vielen Politikbereichen auf ihre programmatischen Positionen auswirkt. Diese Gemeinsamkeiten reichen bei den genannten Beispielen aus, um sich im Europäischen Parlament als Fraktion mit gemeinsamen Zielen präsentieren zu können. Will man dasselbe von einer rechtspopulistischen Parteienfamilie behaupten, müssen die Gemeinsamkeiten also tiefer gehen, als zuvor besprochen. Hierfür bedarf es einer ausführlichen Analyse ihrer vermeintlichen Vertreter, einen Vergleich, der im positiven Falle mehr als ein paar vage Kennzeichen zutage fördert und im negativen Falle eine solche Verwandtschaft widerlegt. Der Vergleich muss letztlich auch Kernpunkte einer solchen Familie definieren, um den bis dato eher losen Rahmen der Bezeichnung zu schärfen und eindeutiger Kriterien der Zugehörigkeit schaffen.

Especially in studies of party families the ideologies of individual parties have been of secondary interest. Often it seems to be assumed that (all and only) the member parties share the family ideology as the core of their respective ideologies (Mudde 2000: 18).

Gerade hier liegt die Schwierigkeit. Bei einer derart heterogenen Masse, wie sie bisweilen unter dem Schirm des Rechtspopulismus subsumiert wird, kann niemals unabhängig von den Einzelfällen eine gemeinsame Ideologie

## *1. Einleitung*

unterstellt werden. Häufig wird eher von der Nachfrageseite und dem Wähler:innenverhalten auf Gemeinsamkeiten innerhalb der Parteien geschlossen, wichtig ist jedoch vor allem die Angebotsseite und somit eine Betrachtung der Parteien selbst (vgl. Cole 2005: 209). Aus diesem Grund bilden die einzelnen Programme relevanter Parteien die Basis für den Vergleich dieser Arbeit, denn eine (neue) Parteienfamilie kann ausschließlich über die kumulierten Gemeinsamkeiten der vermeintlich zugehörigen Parteien konstituiert werden. Eine detaillierte Analyse ermöglicht einerseits den nationalen Kontext, der gerade bei den Rechtspopulist:innen als besonders wichtig gilt, zu berücksichtigen, andererseits bewahrt die Betrachtung mehrerer Länder vor vorschnellen Theoretisierungen, die durch eine ausschließliche Beobachtung eines einzigen Landes leichter passieren können (vgl. Rydgren 2005: 414). Die Einschätzung von Koen Vossen (2017b: 37) zum Vergleich rechtspopulistischer Parteien bringt den hier gleichermaßen vertretenen Ansatz treffend auf den Punkt:

Politiker aus verschiedenen Ländern unter einen gemeinsamen Nenner zu setzen, hat den Vorteil, dass man über eine allzu enge nationale Perspektive blickt. Zugleich besteht das Risiko, dass Unterschiede, die zwischen diesen Parteien sowohl in ideologischer und strategischer als auch in organisatorischer Hinsicht bestehen, etwas zu leicht übergangen werden. Es ist demnach empfehlenswert, die Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen diesen Parteien tiefgehend und vergleichend zu untersuchen.

### *1.2 Fallauswahl*

Wie zuvor beschrieben, ist die Anzahl der Parteien, die gemeinhin unter dem Label „Rechtspopulismus“ geführt werden, weder konstant noch besonders klein, was zu einer Grundsatzfrage bei der Fallauswahl führt. Einerseits verlangt das Thema eine intensive Beschäftigung mit den Einzelfällen, die nicht zuletzt wegen der ausschließlichen Verfügbarkeit einiger Programme in der jeweiligen Landessprache einen hohen zeitlichen Aufwand mit sich bringt. Andererseits ergeben sich Gemeinsamkeiten einer Familie offensichtlich nicht aus einem oder zwei Fällen. Für die angestrebte vergleichende Analyse erscheinen vier Fälle daher als gleichermaßen machbar wie aussagekräftig, um aus den Schwerpunkten und Entwicklungen der ausgewählten Parteien eine möglicherweise gemeinsame Ideologie her-

auszuarbeiten. Diese vier Fälle sollten eine gute Basis bilden, die in der Zukunft problemlos um weitere Fälle ergänzt werden kann.

Als Ausgangs- und späterer Anknüpfungspunkt soll in dieser Arbeit zunächst der „harte Kern“ der sogenannten Rechtspopulist:innen untersucht werden. Hierzu wird zuallererst der *Front National* gezählt, der mitunter als Prototyp einer erfolgreichen rechtspopulistischen Partei gilt. Hinzu kommt die FPÖ, welche bereits über Regierungserfahrung verfügt und seit Jahrzehnten, trotz zwischenzeitlicher Krisen, konstant starke Wahlergebnisse erreicht. Außerdem die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) als Beispiel einer jüngeren Partei, die es innerhalb weniger Jahre bis zur Stützung einer Minderheitsregierung in den Niederlanden geschafft hat. Diese drei Parteien stellten nach der Europawahl 2014, abgesehen von der italienischen *Legha*, die meisten Parlamentarier:innen in der gemeinsamen europäischen Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF). Die Kooperation auf europäischer Ebene, welche über die letzten Jahre ausgeweitet wurde (siehe Kapitel 6), setzt bereits ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten voraus. Vervollständigt wird die Auswahl schließlich von der Alternative für Deutschland (AfD), die sich von anfänglicher Distanzierung zu einer verlässlichen Partnerin der anderen drei Parteien entwickelt hat und inzwischen gemeinsam mit ihnen in der europäischen Fraktion Identität und Demokratie (ID) zu finden ist. Ihr schneller Aufstieg, die zunehmende Orientierung nach rechts und der erstmalige Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag machen die AfD zu einem fruchtbaren Gegenstand der Forschung, auch weil Deutschland lange Zeit als Ausnahme vom europäischen Erfolgsweg der Rechtspopulist:innen galt. Für die Auswahl spricht zudem, dass es sich bei diesen vier Parteien nicht um regionalistische Parteien handelt, die nur in einem Teilgebiet des jeweiligen Staates etabliert sind, wie zum Beispiel beim *Vlaams Belang*. Wenn unter diesem „harten Kern“ der Rechtspopulist:innen keine gemeinsame Ideologie, Programmatik und Entwicklung zu erkennen ist, die zu einer Einordnung als rechtspopulistische Familie qualifiziert, wird sie auch an anderer Stelle nicht zu entdecken sein – zumindest nicht in einem (west-)europäischen Rahmen. Eint diese Parteien hingegen ein gemeinsamer ideologischer Rahmen, so bietet dieser genügend Potential, um ihn bei weiteren Fällen zu prüfen.

### 1.3 Aufbau und Methode

Die Fragestellung enthält einige Punkte, die vor einer vergleichenden Analyse besprochen und geklärt werden müssen. Auch wenn nach einer rechtspopulistischen Parteienfamilie gesucht wird, steht zunächst fest: „Den Rechtspopulisten gibt es nicht“ (Bebnowski / Förster 2014: 7). Bei einer Beschreibung der (noch) hypothetischen rechtspopulistischen Parteienfamilie kann es sich folglich nur um einen Idealtyp handeln. Das stellt allerdings kein Problem dar und kann genauso über *den Sozialdemokraten*, *den Liberalen*, *den Grünen* und *den Konservativen* gesagt werden. Die einzelnen Familienmitglieder teilen jedoch untereinander mehr, als sie mit Vertreter:innen der anderen Familien verbindet. Zumindest sollte das die Intention und der Nutzen hinter dem Begriff der Parteienfamilie sein, der andernfalls zur bloßen Worthülse verkäme. Simon Bornschie (2010b) liefert in seiner Analyse wichtige Punkte für die Verortung rechtspopulistischer Parteien im politischen Raum, wengleich die zugrunde gelegten Quellen der Untersuchung in dieser Arbeit andere sein sollen. Hinzu kommt die bei Bornschie fehlende Klarheit über die genaue Verwendung des Familienbegriffs, zumal er bereits eingangs davon ausgeht, dass die populistischen Rechtsaußen-Parteien als eine Parteienfamilie innerhalb der Kategorie der rechtsextremen Parteien gesehen werden können (vgl. Bornschie 2010b: 3). Noch bevor die Zugehörigkeit bestimmter Parteien zu einer Familie überprüft werden kann, muss jedoch geklärt werden, wie der häufig gebrauchte und selten exakt definierte Begriff der Parteienfamilie in dieser Arbeit verstanden werden soll (Kapitel 2.1).

Obschon die Angebotsseite für den jeweiligen Erfolg wichtiger erscheint, bildet auch die Nachfrageseite bei der Suche nach konstituierenden Gemeinsamkeiten einen bedeutenden Aspekt, da gemeinsame Wähler:inneninteressen Auskunft über Kernthemen und die Wahrnehmung einer Partei geben können. Daher soll vorab ein kleiner Überblick über klassische Theorien der Parteienforschung, insbesondere über die Cleavage-Theorie, geliefert werden. Hierbei spielen auch neuere Erklärungsmuster sowie Weiterentwicklungen der Cleavage-Theorie eine Rolle (Kapitel 2.3). Parteien einer Familie haben demnach vergleichbare Ursprünge und verfügen über eine ähnliche Wähler:innenbasis. Die Erläuterung gewandelter Konfliktlinien kann zur Erklärung des Erfolges der Neuen Rechten und der Neuen Linken beitragen.

Neben einer vergleichbaren Wähler:innenbasis und ähnlichen Entstehungshintergründen oder Entwicklungen wird die gemeinsame Ideologie

als entscheidender Faktor der Verwandtschaft ausgemacht. Auf der Suche nach der einigenden Ideologie wird der Frage nachgegangen, ob diese im Rechtspopulismus zu finden ist. Aus dem Namen ergeben sich zwei notwendige Charakteristika, die für eine Zugehörigkeit zur untersuchten Gruppe qualifizieren, nämlich *rechts* und *populistisch*. Sind diese beiden Punkte nicht erfüllt, kann eine Partei also kein Teil der *rechtspopulistischen* Parteienfamilie sein. Das kann nun entweder darin begründet liegen, dass sich eine gemeinsame Familie der untersuchten Parteien als nicht haltbar erweist oder, dass der Name überdacht werden muss, da die analysierten Parteien zwar ausreichende Gemeinsamkeiten aufweisen, diese aber nicht unter dem Begriff Rechtspopulismus zu subsumieren sind. Um das im Verlauf der Untersuchung darstellen zu können, muss das zugrunde gelegte Verständnis der beiden Teilbegriffe erläutert werden. Dies geschieht in Kapitel 3 dieser Arbeit.

Überblicksartig soll zunächst geklärt werden, was in dieser Arbeit unter Populismus verstanden wird, den Taggart (2002: 62) als eines der am häufigsten genutzten und dabei am wenigsten verstandenen politischen Konzepte unserer Zeit beschreibt. Ursache ist, dass dieser sowohl in der medialen als auch in der wissenschaftlichen Darstellung über verschiedene, einander bisweilen ausschließende, Definitionen verfügt. Hier werden zunächst wichtige Bestandteile des Begriffes erarbeitet, um diese anschließend in Parteiprogrammen empirisch überprüfen zu können.

Der andere Teil des Namens wirft die Frage auf, was in diesem Kontext unter *rechts* zu verstehen ist. Im Falle der zu betrachtenden Parteien wird *rechts* grundsätzlich nicht als bloße Positionierung rechts der Mitte auf dem allgemein bekannten politischen Spektrum verstanden, sondern verweist auf eine, insbesondere in kulturellen Fragen, deutlich rechte bis rechtsextreme Position. Nach Mudde (2000: 11) gelten unter anderem Nationalismus, Xenophobie und die Forderung nach einem starken Staat als Kennzeichen jener Parteien, was bereits einen Hinweis auf die Ausprägung ihrer rechten Orientierung gibt. Eine Annahme, die hier empirisch anhand der vier Beispiele überprüft werden soll. Auch muss *rechts* nicht zwangsläufig für alle Politikbereiche die Richtung der betrachteten Parteien vorgeben. Man liege falsch, so Klaus von Beyme (1982: 306), wenn man annehme, dass alle, die für Rassengleichheit eintreten, auch für Staatsinterventionen in allen Bereichen der Gesellschaft seien. Die Vermutung liegt nahe, dass wir es bei den beobachteten Fällen vor allem auf kultureller Ebene mit einer Positionierung am rechten Rand zu tun haben, die bis hin zu (kulturellem) Rassismus reichen kann. In diesem Zusammenhang ist folglich auch das

Verhältnis von *Rechtsextremismus* und *Rechtspopulismus* zu klären (Kapitel 3.2).

Nach der Klärung der Eingangsfragen und Definitionen sowie dem Aufbau des theoretischen Grundgerüsts beginnt die Analyse der einzelnen Fälle auf Basis der dargelegten Kriterien einer Parteienfamilie und der Kennzeichen von rechtem Populismus.

Zuerst wird die historische Entwicklung (Kapitel 4.1) der untersuchten Parteien beschrieben und miteinander verglichen, wobei weniger die Entstehung, als vielmehr gemeinsame Tendenzen und Wandel infolge von äußeren Umständen und sich überschneidende Hochphasen zum Gegenstand der Untersuchung werden sollen. Hier wird der Charakter der Arbeit verdeutlicht. Ohne nationale Umstände auszublenden, sollen die vier Parteien nebeneinandergestellt und vergleichbar gemacht werden. Ziel ist es, Entwicklungsmuster auszumachen, die sich in den unterschiedlichen Parteien gleichermaßen wiederfinden. Als ein Beispiel könnte hier etwa die Entwicklung anti-islamischer Positionen seit dem 11. September 2001 oder die zunehmende Kritik an Euro und Europäischer Union seit Mitte der 2000er Jahre gelten.

In Kapitel 4.2 wird die innere Organisation der vier Parteien betrachtet. Möglicherweise finden sich auch innerhalb der Parteien spezielle Strukturen, die mit der Ideologie zusammenhängen. Charakteristisch könnte hier ein:e starke:r Führer:in, eine besondere Parteiarchitektur oder eine hohe Zahl politischer Quereinsteiger:innen sein.

Anschließend werden in Kapitel 4.3 die Wähler in den Fokus des Vergleichs gerückt. Klassische Parteienfamilien zeichnen sich insbesondere durch eine ähnliche Sozialstruktur der Kernwähler:innenschaft aus. Ausgehend von den Erkenntnissen aus Kapitel 2.3, inwiefern die Cleavage-Theorie auch heute noch Erklärungskraft besitzt, werden AfD, FPÖ, FN und PVV auf eine gemeinsame Kernklientel überprüft. Anders als teilweise suggeriert wird, setzt sich das Elektorat keinesfalls ausschließlich aus Protestwähler:innen und Neonazis zusammen. Mit zunehmender Etablierung der Parteien werden andere Konstanten innerhalb der Wähler:innenschaft erkennbar. Ob diese über die Grenzen hinweg einheitlich sind, wird eine der Hauptfragen in Kapitel 4.3 sein.

Der darauffolgende Teil (Kapitel 5) bildet das Kernstück und gleichzeitig den umfassendsten Teil der Arbeit, der mit großer Umsicht entwickelt werden muss. *Front National*, FPÖ, PVV und AfD sollen hinsichtlich ihrer Ideologien und Politikfeldinteressen verglichen werden.

[T]he analysis of ideology requires a more comprehensive and in depth-approach than is normally applied to the analysis of policy positions, and it requires the assessment of a wider variety of documentary sources (including, for example, programs of principle and party papers) (Mair / Mudde 1998: 225).

Für die Untersuchung wurden daher die jeweiligen Grundsatzprogramme der vier Parteien sowie die zum Zeitpunkt der Analyse jüngsten Wahlprogramme von nationalen Wahlen herangezogen. Da sowohl beim *Front National* als auch bei der *Partij voor de Vrijheid* nicht alle Programme in deutscher oder englischer Sprache vorlagen, mussten zunächst von einigen Programmen Übersetzungen angefertigt werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich insbesondere in den Grundsatzprogrammen deutliche Hinweise auf die ideologischen Grundlagen einer Partei wiederfinden, doch auch Policy-Themen aus Wahlprogrammen sind nicht losgelöst von der Ideologie zu betrachten. Die angesprochenen Themen der Parteien werden dabei einerseits auf Basis der Salienztheorie und andererseits qualitativ auf genaue inhaltliche Positionen untersucht.

Den Annahmen der Diskursanalyse folgend, wird davon ausgegangen, dass die Akteur:innen mit ihrer Sprache ihre soziale Welt konstruieren und diese somit aus den Dokumenten erfassbar wird (vgl. Schlichte / Sievers 2015: 81). Ruth Wodak (2001: 77) betont, dass Sprache, ob mündlich oder geschrieben, immer auch Einstellungen zutage fördert und Auskunft über die zugrundeliegenden Ideologien gibt, die in der Sprache produziert und reproduziert werden. Eine solche Analyse erlaubt folglich „ein tieferes Verstehen von politischem Handeln und politischer Kommunikation“ (ebd.: 76). Zuletzt sollen die Programme auch auf ihren Populismusgehalt geprüft werden, was anhand der zuvor bestimmten Kriterien erfolgen wird (Kapitel 5.4). Unterstützend kann mit Aslanidis (2016: 98) festgehalten werden: wenn sich in den textlichen Grundlagen einer Partei keine Anzeichen für Populismus ausmachen lassen, werden sie auch andernorts schwer zu finden sein.

Mitunter wird davon ausgegangen, dass insbesondere Rechtspopulist:innen eine von der äußeren Fassade sehr unterschiedliche „Backstage-Politik“ betreiben (vgl. Donselaar 1991: 16; bzw. Eatwell 1992: 174). Diese ist jedoch schwer zu fassen und es kann zumindest bezweifelt werden, ob sie sich elementar von der „Frontstage“ unterscheidet. Zudem kann kaum bewiesen werden, dass der Effekt bei rechtspopulistischen Parteien ausgeprägter ist als bei anderen Parteien. „Since there is no proof to the contrary, it is

assumed that extreme right parties are as (dis)honest in their propaganda and literature as other political parties“ (Mudde 2000: vii). Folglich wird angenommen, dass ihre Ideologie in der gesamten Palette an parteieigener Literatur zu finden ist (vgl. ebd.: 169).

Nachdem die Art der zu untersuchenden Dokumente festgelegt ist, soll die Methode beleuchtet werden. Um die jeweiligen Politikfeldinteressen der Parteien auszumachen, wird zunächst (Kapitel 5.2) ein quantitativer Ansatz gewählt, der sich an Untersuchungen orientiert, wie sie beispielsweise im Rahmen des *Manifesto Projects* angewendet werden, um die erwähnten Policy-Themen und Politikfeldinteressen der vier Parteien zu erfassen. Dadurch kann die Wichtigkeit einzelner Politikbereiche analysiert und auf Basis der Salienztheorie Gemeinsamkeiten überprüft werden. Um diese Ergebnisse weiter zu vertiefen und Fehlschlüsse auszuschließen, werden im darauffolgenden Teil (Kapitel 5.3 bzw. 5.4) die einzelnen Themengebiete und die jeweiligen Positionen der Parteien, Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse folgend, genauer betrachtet und miteinander verglichen, sodass am Ende die einzelnen Positionen der Parteien zu jeglichen Politikbereichen nebeneinander gestellt werden können. Hierbei handelt es sich um eine vergleichende und explorative Studie, die darauf bedacht ist, Gemeinsamkeiten in der Ausrichtung der stärker oder schwächer betonten Politikbereiche zu entdecken. Abschließend soll die möglicherweise einigende Ideologie des rechten Populismus anhand der zuvor aufgestellten Kriterien in den einzelnen Programmen untersucht werden. Die Detailliertheit der Fallstudien geht zwar auf Kosten der Fallzahl, ermöglicht jedoch eine bessere Einbettung in den jeweiligen Kontext unter Berücksichtigung spezifischer Aspekte, was zusätzliche Komplexität erzeugt (vgl. Jahn 2013: 324). Da nationalistische oder nativistische Parteien ohnehin in besonderem Maße von nationalen Kontexten geformt werden, ist diese Art der Analyse unbedingt erforderlich. Kombiniert wird die detaillierte Fallstudie mit den Vorteilen eines Vergleichs, denn „[d]ie Fallstudie kann einen höheren Stellenwert innerhalb der vergleichenden Politikwissenschaft erreichen, wenn in eine Untersuchung nicht nur ein Fall, sondern mehrere Fälle aufgenommen und verglichen werden“ (ebd.: 325).

Es sollte im Hinterkopf behalten werden, dass qualitative Studien niemals frei von der Subjektivität der Forschenden sind, diese jedoch durch zuvor genau festgelegte Definitionen und gleiche Vorgehensweisen bei allen Fällen auf ein möglichst geringes Maß reduziert werden kann. Zudem sei angemerkt, dass auch bei einer quantitativen computergestützten Auswertung die Kategorien zuvor von Forscher:innen festgelegt werden, was nicht

minder subjektiv ist und eine Interpretation des Kontexts erschwert (vgl. Mudde 2000: 23). Eine zusätzliche Absicherung und Objektivierung der Erkenntnisse soll durch die Berücksichtigung von Expert:innenmeinungen gewährleistet werden.

Den letzten Vergleichspunkt liefert die europäische Kooperation, die den Ausgangspunkt von Kapitel 6 bildet. Im Europäischen Parlament treffen Parteien aller Mitgliedstaaten außerhalb des nationalen Kontexts aufeinander. Das Fehlen einer Regierungskoalition im politischen System der EU erfordert themenspezifische Mehrheitsfindungen, für die sich einerseits Parteien in Fraktionen zusammenfinden und andererseits für jede Abstimmung Kooperationen mit anderen Fraktionen eingegangen werden. Die Geschichte hat gezeigt, dass sich Fraktionen überwiegend auf Basis von ideologischen und inhaltlichen Übereinstimmungen formten, die seit Beginn des Europäischen Parlaments hohe Kohäsionswerte im Abstimmungsverhalten aufweisen. Dieses bietet folglich beste Voraussetzungen, um die Kooperation verwandter Parteien aus unterschiedlichen Staaten zu untersuchen. Seit 2015 befinden sich alle vier Parteien des Vergleichs in einer gemeinsamen Fraktion. In einer empirischen Untersuchung von drei Zeiträumen aus den Legislaturperioden sieben, acht und neun des Europäischen Parlaments wird daher das Abstimmungsverhalten der Parteien untersucht. Der einheitliche Rahmen ermöglicht weitere Schlüsse auf die Gemeinsamkeiten der Parteien. Der Erhebungszeitraum der vorliegenden Arbeit reicht bis Mai 2020. Aus all diesen Erkenntnissen soll letztlich die Frage nach der Verwandtschaft geklärt werden.



## 2. Parteien und Parteienfamilien

### 2.1 *Das Konzept der Parteienfamilie*

Ziel dieser Arbeit ist die Klärung der Frage, ob von einer rechtspopulistischen Parteienfamilie gesprochen werden kann, anhand welcher Merkmale sie sich manifestiert, und wer zu einer solchen, sollte sich die Kategorie als haltbar erweisen, dazugezählt werden kann. Hierfür muss zunächst das Konzept der Parteienfamilie geklärt werden, was sich als durchaus komplex herausstellt. Zwar wird die Parteienfamilie sowohl im transnationalen als auch im historischen Vergleich oft als Erklärungsmuster herangezogen, dennoch ist diese Klassifizierung häufig eher unterstellt denn theoretisch und empirisch fundiert (vgl. Jungar / Jupskås 2014: 217; bzw. Mair / Mudde 1998: 211-214). „In der Wissenschaft herrscht offenbar ein unausgesprochener Konsens, was unter einer Parteienfamilie zu verstehen sei, nämlich eine Sammelbezeichnung für Parteien vergleichbarer ideologischer Ausrichtung“ (Decker / Lewandowsky 2012: 268).

Auch bei stärker konzeptualisierten Ansätzen unterscheiden sich häufig die Schwerpunkte, auf die der jeweilige Fokus gelegt wird. Zumindest einen Teilaspekt bildet dabei fast immer die gemeinsame Ideologie, was auch Mudde (2000: 2) als hilfreich und sinnvoll erachtet. Die Kategorisierung einzelner Parteien anhand ähnlicher Ideologien und der Ansprache vergleichbarer Wähler:innensegmente geht auf Klassiker wie Maurice Duverger (1959) sowie Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) zurück.

Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Gruppierung von Parteien in Familien ist die Frage, wie weit der Verwandtschaftsgrad reichen soll (vgl. Decker / Lewandowsky 2012: 269). Um in der Metapher zu bleiben, steht man also vor dem Problem, ob nur Brüder und Schwestern oder auch Cousins und Cousinen dritten Grades inkludiert werden sollen, die von Natur aus nur noch wenig miteinander gemein haben. Ein brauchbarer Ansatz liegt irgendwo in der Mitte. Ganz grundsätzlich kann hier festgehalten werden, dass Parteien einer Familie in den noch zu spezifizierenden Bereichen a) mehr Gemeinsamkeiten aufweisen sollten als Unterschiede und b) mit den Mitgliedern der Familie mehr teilen sollten als mit Parteien anderer Familien. Bei rechtspopulistischen Parteien sollte etwa hinterfragt werden, ob es sich um exklusive Positionen handelt oder diese

von (neo-)konservativen oder linkspopulistischen Parteien ebenfalls geteilt werden (vgl. Mudde 2000: 177), da in diesen Fällen besonders häufig eine Einordnung auf Basis weniger Beobachtungen getroffen wird. Franzmann (2008: 81f) schlägt einen Vergleich der Kernthemen und weiterer wichtiger Themen vor, die anhand eines Ähnlichkeitsindex berechnet werden können. Wenngleich die methodischen Werkzeuge, die in dieser Arbeit gewählt wurden, andere sind, basiert auch die hier durchgeführte Programmanalyse auf dem Vergleich von Kernthemen und auffälligen programmatischen Gemeinsamkeiten. Ohne genaue Einzelfallanalysen könnte es bisweilen zu einer Zusammenfassung von Parteien kommen, die mit ihren scheinbaren Verwandten kaum etwas gemeinsam haben (vgl. Mudde / Mair 1998: 213). Sie greift einem gewissen Trugschluss vor:

Especially in the study of party families the ideologies of the individual parties have been of secondary interest. Often it seems to be assumed that (all and only) the member parties share the family ideology as the core of their respective ideologies (Mudde 2000: 18).

Dementsprechend soll in dieser Arbeit der Schritt von der anderen Seite gemacht werden und die Parteienfamilie als Konglomerat ihrer Einzelteile verstanden werden. Denn dies scheint eines der Hauptprobleme im Vergleich rechtspopulistischer Parteien zu sein: Die Kategorie wurde für einen damals völlig neuen Parteientypus erschaffen und fortan wurden zahlreiche Parteien mit populistischen und / oder fremdenfeindlichen Zügen mehr oder minder fraglos in diese Kategorie eingegliedert. „Inappropriate labels have been applied to newly emerging parties whose characteristics depart markedly from those which went into the original definition of the party model“ (Gunther / Diamond 2003: 168). Dies führt zu einer stetig wechselnden bunten Mischung aus Parteien, die zuweilen unter demselben Label geführt werden und zudem von Autor:in zu Autor:in variieren. Diese Arbeit möchte einen Beitrag leisten, eine entsprechende Einordnung zu vereinfachen.

In allgemeinen Abhandlungen führen unterschiedliche Autor:innen bis zu 13 Parteienfamilien auf (vgl. Höhne 2012: 22). Einer der bedeutendsten Vordenker der Parteienfamilien, Klaus von Beyme (2000: 70f), kommt auf insgesamt zehn Typen – er unterscheidet zwischen *Liberalen*, *Konservativen*, *Arbeiterparteien*, *Agrarparteien*, *regionalen Parteien*, *christlichen Parteien*, *Kommunisten*, *Faschisten*, *Rechtspopulisten* und *ökologischen Parteien*. Von Beyme fokussiert einen Großteil der Gemeinsamkeiten auf die Ideologie und spricht folglich von *familles spirituelles*.